

## INFOBRIEFE 2010

15.12.2010

### Mahnwache in Duisburg - ein guter Jahresabschluss!

Mehr als 70 Aktive aus Duisburg, Ratingen, Erkrath, Hilden, Langenfeld und Monheim fanden sich rund um den Kreisverkehr beim Landhaus Milser im Duisburger Süden ein. Mit Transparenten und Fackeln wurden in vorweihnachtlicher Zeit die Autofahrer und Bahn- und Busnutzer stimmungsvoll begrüßt.

Aber unser Protest verharrte nicht in stummer Runde, sondern - auch um der Kälte zu trotzen - bewegte sich eine Gruppe von Aktiven auf "amerikanische Demoart" um den Kreisverkehr. Dazu haben wir unsere Mahnungen und Forderungen über das Megafone laut und deutlich vernehmbar kundgetan.

Dabei wurde neben der Gefahr aus der Bayer-Giftröhre und dem Schlummern von FDP und CDU auf Bayers Kanapee auch die NRW-Ministerpräsidentin angesprochen:

"Wenn Frau Kraft Verantwortung meidet, sich darin nicht von Rüttgers unterscheidet, geht es ihr schon bald sehr schlecht, es geschieht ihr dann - wie Rüttgers - recht"

Es wurde, wie versprochen, eine laute und erleuchtete Mahnwache. Die Teilnehmer wehrten sich auch gegen die Rolle als Bayer-Knechte und kämpften weiter für ihre Bürgerrechte.

Jetzt wünschen wir allen uns Unterstützenden und denen, die so intensiv über unsere Aktionen berichtet haben, eine weiter schöne Vorweihnachtszeit, besinnliche Festtage und einen guten Übergang ins neue Jahr!

13. 12. 2010

### Heute so, morgen so...

"Der Mensch, sein Wohlergehen und seine Sicherheit, müsse wieder wichtigste Leitlinie unseres Handels sein, vor allen anderen Motiven. Das muss und wird unsere gemeinsame Verpflichtung sein!"  
(H. Kraft, Trauerfeier Salvatorkirche 31.07.2010)

Folgend ein Auszug aus einem Interview mit der MP in NRW Hannelore Kraft im Deutschlandradio Kultur:

*Deutschlandradio Kultur: Es gibt ja viele kritische Projekte, nicht nur Bahnhofsneubau, auch Kohlenmonoxid-Pipelines oder andere Großverfahren, die mit Bürgerbeteiligung durchgeführt werden. Wie wollen Sie denn in Nordrhein-Westfalen etwas lernen aus diesem Stuttgarter Debakel?*

*Hannelore Kraft: Also, wir haben nicht erst aus Stuttgart gelernt, sondern, wie gesagt, durch die Projekte, die Sie gerade genannt haben, CO-Pipeline heißt das bei uns in Kurzform, oder auch Datteln. Wir haben in unseren Koalitionsvertrag hineingeschrieben, dass wir mehr Bürgerbeteiligung wollen. Wir wollen aus Betroffenen Beteiligte machen. Wenn man Akzeptanz für solche industriellen Großvorhaben haben möchte, dann heißt das, man muss früher und intensiver Betroffene beteiligen. Dann heißt das aber auch, wir müssen gemeinsam den Rücken breit machen für industrielle Großprojekte. Deshalb wollen wir auch eine Akzeptanzinitiative starten, gemeinsam mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften. Jedem muss klar sein, dass ein industrieller Standort wie Nordrhein-Westfalen auch solche Großprojekte braucht. Und deshalb muss man das thematisieren und diskutieren und hier auch den Rücken breit machen.*

Deutschlandradio Kultur: Und am Schluss muss dann die CO-Pipeline gebaut werden?

Hannelore Kraft: Wissen Sie, ob die CO-Pipeline gebaut wird, der Landtag hat dazu schon lange ein grünes Licht gegeben, und zwar mit allen beteiligten Fraktionen im Landtag damals. Es ist dann vor Gericht anders entschieden worden. Da ist ein Baustopp verhängt worden. Offensichtlich ist, die Pipeline hat zumindest Sicherheitsprobleme. Und jetzt wird die Entscheidung am Ende auch vom Gericht gefällt werden.

**09. 12. 2010**

### **Zum Jahresabschluss - Mahnwache in Duisburg!**

Auch die letzten Monate des Jahres 2010 haben noch einmal richtig die Diskussion um die Bayer-CO-Giftröhre angefacht: Bayer musste seine Rohre teilweise wieder ausbuddeln und hat mit wieder eigenmächtigem Vorpreschen jetzt einen offensichtlich sogar längeren Baustopp selbstverschuldet. Ein weiterer Bombenfund in unmittelbarer Nähe zum Rohrgraben in Duisburg-Süd sorgte für neuen Zündstoff. Die zahlreichen eigenmächtigen Änderungen werden jetzt in einem "transparenten und ordentlichen" Verfahren mit umfassender Bürgerbeteiligung überprüft.

Die weiteren Fortschritte und unsere Entschlossenheit im Kampf für die Rechte der von dieser Skandal-Pipeline betroffenen Bürger wollen wir am Dienstag, 14. Dezember 2010 ab 18 Uhr in Duisburg rund um den Kreisverkehr beim Landhaus Milser mit einer gemeinsamen Mahnwache deutlich machen.

Sehr gut erreichbar ist der Ort auch mit der U79 über die unmittelbar dort gelegene Haltestelle Kesselsberg. Es wird keine stille und auch keine dunkle Mahnwache. Lassen Sie sich von dem Lichtern und den Tönen vor Ort überraschen. Etwa eine Stunde wollen wir alle Register ziehen, die uns das vorweihnachtliche Wetter dort erlaubt.

Wer an der Mahnwache teilnehmen kann und will, fühle sich herzlich eingeladen. Und wer sich noch nicht bei mir oder Erich Hennen gemeldet hat, kann das gerne kurzfristig noch bis Dienstag mittag machen.

**01. 12. 2010**

### **Presseresonanz**

Aktuell haben wir kurz vor Weihnachten doch noch einmal eine größere Presseresonanz.

Unsere Äußerungen dazu sollten verhalten positiv sein; denn eigentlich ist die "neue Situation" ja eigentlich nur die Rückkehr zu der bestehenden Rechtslage darstellt, die allerdings eine deutliche Abkehr vom Büssow/Bayer-Stil darstellt. Frau Lütkes hat das, wie ich finde in ihrem Beitrag in der Lokalzeit WDR auch so deutlich ausgedrückt. Wir werden uns für diese(s) Verfahren im neuen Jahr erstmal in der Initiative organisieren müssen.

Aber wir sollten jetzt die Zeit und die Gelegenheit nutzen, mit der zahlreichen, kreativen Unterstützung

- der Mahnwache in Duisburg am 14.12.2010 ab 18 Uhr für etwa 1 Stunde
- am Kreisverkehr beim Landhaus Milser

wieder ein deutliches Zeichen geben, was unsere Widersacher schon bald erwartet. Dort können und sollten wir mit Plakaten, Kreuzen, Fackeln wieder bildhaft vorführen, was wir von der Gift-Röhre halten.

Meine Bitte wäre, dass mir alle Nicht-Duisburger kurz mitteilen, ob Sie kommen, mit wieviel Personen und mit welchem Zubehör.

Dafür schon mal herzlichen Dank

**29. 11. 2010**

### **Neue Erdlöcher aufgetaucht**

Wir alle hatten uns schon auf eine ruhigere Zeit vor Weihnachten eingestellt, doch an der CO-Leitung bewegt sich immer wieder etwas und sei es nur, dass plötzlich die Erde sich bewegt und Erdlöcher auftauchen. Aufmerksame Beobachter gibt es genügend und so konnte Wolfgang Cüppers folgende Anfrage (und Bilder mit Standort- und Maßangabe) an die Aufsichtsbehörde richten.

*Sehr geehrte Frau Lütkes,*

*an einigen Stellen an der Trasse der CO-Pipeline in Erkrath wurden von uns in den letzten Tagen einige Erdsenkungen bemerkt. Die entsprechenden Stellen sind im Anhang mit Fotos und einer Kennzeichnung in einem Luftbild belegt. Da wir dieses weder untersuchen noch uns erklären können, bitten wir sie als Überwachungsbehörde dies zu untersuchen und uns entsprechende Ergebnisse mitzuteilen. Wie sie wissen beschäftigen alle Vorgänge entlang der CO-Pipeline die betroffenen Anwohner äußerst stark und unerklärliche Vorgänge lösen immer wieder Unsicherheit und Ängste in der Bevölkerung aus. Deshalb bitten wir um möglichst schnelle Bearbeitung.*

*Mit freundlichen Grüßen  
gez. Wolfgang Cüppers*

Jetzt prüft die Bezirksregierung Düsseldorf, wie es zu diesen Löchern kommen konnte. Die Rheinische Post in Hilden hat bereits kompakt berichtet.

**10. 11. 2010**

### **Antrag von CDU und FDP wurde abgelehnt**

Der Antrag von CDU und FDP wurde abgelehnt und die Tatsache und die Diskussion hat uns weiter gestärkt. Diesem Antrag konnte eigentlich niemand unterstützen, der sich mit den Fakten rund um diese Giftgas-Leitung beschäftigt hat. So wurde die ebenfalls gemeldete Tatsache, dass Bayer gar nicht genügend von dem hochgiftigen Kohlenmonoxid in Dormagen zur Verfügung hat, um davon etwas nach Uerdingen zu transportieren, gar nicht erwähnt. Damit "braucht" weder Bayer noch der Wirtschaftsstandort NRW einen Transport des Giftgases. Und "notwendig" ist dies auch nicht, da es Uerdingen mit der zuletzt noch im Jahr 2006 modernisierten Makrolon®-Produktion zur "weltweit größten Produktionsstätte" geschafft hat.

Daniela Schneckenburger von den Grünen machte in Ihrem Beitrag deutlich, dass es nicht darum gehen sollte, auf welchem Weg das CO dort in Uerdingen bereitgestellt würde, sondern, dass es zur Produktion zur Verfügung stehe. Und da gilt es, jetzt Alternativen zu finden.

Wir waren auch in dieser Sitzung mit einer Delegation dort und haben Gesicht gezeigt.

**08. 11. 2010**

## **Bayer-Giftröhre wieder auf der Tagesordnung**

CDU und FDP wollen mit der Frage "Wie hält es die neue Landesregierung mit der Industriepolitik?" die Bayer-Giftröhre wieder auf die Tagesordnung des nächsten Plenums bringen und haben den angehängten Antrag gestellt.

Zu dieser Politik des "weiter so wie unter dem abgewählten EX- MP Jürgen Rüttgers" werden sie allerdings noch nicht mal in den eigenen Reihen uneingeschränkte Unterstützung finden. Diese Signale waren schon aus Reihen der CDU-Abgeordneten zu vernehmen.

Diesem Antrag kann eigentlich niemand unterstützen, der sich mit den Fakten rund um diese Giftgas-Leitung beschäftigt hat. So wird die ebenfalls gemeldete Tatsache, dass Bayer gar nicht genügend von dem hochgiftigen Kohlenmonoxid in Dormagen zur Verfügung hat, um davon etwas nach Uerdingen zu transportieren, gar nicht erwähnt. Damit "braucht" weder Bayer noch der Wirtschaftsstandort NRW einen Transport des Giftgases. Und "notwendig" ist dies auch nicht, da es Uerdingen mit der zuletzt noch im Jahr 2006 modernisierten Makrolon®-Produktion zur "weltweit größten Produktionsstätte" geschafft hat, wie aus der - auszugsweise - beigefügten Bayer-Pressemitteilung hervorgeht.

Die Beratung findet zur "Primetime" am Mittwoch, 10.11.2010, 11.35 Uhr bis 12.45 Uhr statt. Wir werden auch diese Sitzung mit einer Delegation begleiten und sind gespannt, ob die Diskussion durch Fakten oder von parteitaktischem Gezänk beherrscht wird.

Antrag CDU/FDP:

### *LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN*

*15. Wahlperiode, Drucksache 15/473, 02.11.2010*

*Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP*

*Streit in der Landesregierung endlich beenden,  
klares Signal für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen setzen!*

*I. Der Landtag stellt fest:*

*In der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen ist ein Richtungsstreit über die Zukunft des Industrie- und Energiestandortes Nordrhein-Westfalen entbrannt.*

*Forschungsministerin Schulze bekennt sich am 27. Oktober 2010 zur Industrie und der ihr zu Grunde liegenden Technik: "Wir müssen deutlich machen, dass wir die Industrie brauchen, dass wir Technik brauchen, dass wir die CO-Pipeline brauchen" (Quelle: NGZ, Ausgabe vom 28.10.2010). Diesem Aufruf vorausgegangen waren die Erklärungen von Wirtschaftsminister Voigtsberger zur Zukunft der CO-Pipeline und zum Steinkohlekraftwerk "Datteln IV".*

*Minister Voigtsberger äußerte sich in einem Interview mit der Rheinischen Post wie folgt zur CO-Pipeline: "Die CO-Pipeline ist notwendig" (Quelle: RP, Ausgabe vom 25.10.2010). Zum Kraftwerk Datteln IV erklärte Voigtsberger: "Ja, das moderne, effiziente Kraftwerk ist ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz" (Quelle: RP, Ausgabe vom 25.10.2010).*

*Laut der Rheinischen Post vom 27.10.2010 hat die Ministerpräsidentin der Schulministerin Löhrmann zugesichert, an einem Strang zu ziehen. Danach habe die Ministerpräsidentin Minister Voigtsberger für seine richtigen Aussagen zum Industriestandort "zur Rede gestellt" und "scharf kritisiert".*

*Auch in den die Minderheitsregierung tragenden Fraktionen findet die Haltung von Minister Voigtsberger nicht die notwendige Unterstützung. So reagiert die Landtagsabgeordnete und Landesvorsitzende der NRW-Grünen, Monika Düker, "irritiert" auf die Äußerungen von Minister Voigtsberger zum Kraftwerk Datteln und schätzt die o.g. Äußerungen als "absurd" ein (Quelle jeweils: Westfalenpost, Ausgabe vom 28.10.2010).*

*Die Haltung der Landesregierung ist damit unklarer als je zuvor. Ein Richtungsstreit ist weder im Interesse der Bürgerinnen und Bürger noch des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen. Stattdessen gilt es, die Rahmenbedingungen so zu setzen, damit diese wichtigen Projekte realisiert werden können und millionenschwere Investitionsruinen vermieden werden. Bislang hat die Landesregierung allerdings durch die Rücknahme des Energiekapitels des Landesentwicklungsplans und die geplante Änderung des Landesentwicklungsprogrammgesetzes nicht erkennen lassen, dass sie bereit ist, die Weichen für das Kraftwerk Datteln und dessen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu stellen.*

*II. Der Landtag beschließt:*

*1. Der Landtag begrüßt und unterstützt die von Minister Voigtsberger für die Landesregierung geäußerte Haltung zum Kraftwerk Datteln und fordert die Landesregierung auf, nun die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um das moderne und effiziente Kraftwerk als wichtigen Beitrag zum Klimaschutz realisieren zu können.*

*2. Der Landtag begrüßt und unterstützt die Landesregierung in ihrer durch Minister Voigtsberger und Ministerin Schulze geäußerten Einschätzung, dass die CO-Pipeline "notwendig" ist und wir sie für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen "brauchen".*

*Karl-Josef Laumann, Armin Laschet, Lutz Lienenkämper, Josef Hovenjürgen, Hendrik Wüst, Rainer Deppe und Fraktion*

*Dr. Gerhard Papke, Ralf Witzel und Fraktion*

**03. 11. 2010**

### **Erneuter Bombenfund an CO-Pipeline. Unsicherheit immer größer!**

Der neuerliche Bombenfund in Duisburg war das eigentlich brisante Thema in der heutigen Sitzung des Umweltausschusses im Landtag. Wegen der jüngsten Aussagen von SPD-Ministern zu dem Bayer-Projekt gab es das eher übliche politische Geplänkel. Dabei hielt sich Umweltminister Rimmel an die Worte des Koalitionsvertrages und CDU-, FDP- und Linken-Abgeordnete versuchten, mehr Widersprüchliches zwischen den Koalitionsparteien ans Licht zu fördern.

Noch im Juli 2010 hatte die Bezirksregierung geäußert, es sei auch mit der nachträglichen Kampfmittelsuche eine vergleichbare Sicherheit erreicht, wie bei einem ordentlichen Verfahren vor Bau der Pipeline. Die Ausführungen von Minister Johannes Rimmel haben gezeigt, dass beim aktuellen Bombenfund in Duisburg-Rahm die bisherigen Verfahren zum Auffinden von Blindgängern versagt haben. Dieser Bereich wurde nach Luftbilderauswertung als kampfmittelfrei eingestuft. Deswegen wurde dort auch keine eigentlich vorgesehene Bodendetektion durchgeführt.

In Duisburg war dies der 11!! Bombenfund in diesem Jahr. Lediglich 3 wurden durch Luftbildaufnahmen gefunden. Die anderen bei Bauarbeiten. Der Fall zeigt wieder: Luftbildauswertungen sind nicht zuverlässig. Offensichtlich liegen keine oder zu wenige zeitnahe Luftbilder nach Luftangriffen vor. Die Untersuchung von Verdachtsflächen hinterlässt bei einem solch gefährlichen Stoff eine gefährliche Unsicherheit. Nicht nur in den sogenannten Verdachtsflächen, überall können Blindgänger liegen und die Leitung leckschlagen.

Rimmel sprach von einer "neuen Lage", warb aber gleichzeitig darum, den Spezialisten des Kampfmitteldienstes nach diesem Fund Zeit zur Überprüfung ihres bisher angewandten Systems zu geben.

**01. 11. 2010**

### **Weiterer Bombenfund an CO-Pipeline - Überprüfung lückenhaft**

Der neuerliche Bombenfund in Duisburg hat wieder deutlich gemacht, wie lückenhaft die Überprüfung auf Kampfmittel entlang der CO-Pipeline von Bayer angegangen wurde. Die Bombe lag nur 16 Meter neben der Pipeline-Trasse und von der B288 entfernt.

Was noch besonders auffällig war, sie lag oberflächennah in 30 Zentimeter Tiefe und nicht wie Blindgänger sonst etwa vier Meter tief. Ob die Bombe beim Ausheben des Leitungsgrabens in dem Erdwall daneben abgelegt wurde und auch beim Zubaggern des Grabens auch übersehen wurde, sollte von der aufsichtsführenden Bezirksregierung untersucht und geklärt werden.

Etwas Ähnliches ist ja in Duisburg-Rahm im Juni 2007 schon einmal passiert und nur durch aufmerksame Anwohner zur Anzeige bei der Polizei gebracht worden.

Wie die Bezirksregierung Düsseldorf am 27.10. meldete, hat es bei der durchgeführten Luftbilddauswertung keine Hinweise auf Bombenblindgänger an dieser Stelle gegeben. Da die Auswertung der Bildmaterialien sicherlich sorgsam erfolgt, zeigt dieser Fall wieder einmal, dass das Bildmaterial nicht vollständig sein kann.

Damit wird unsere Forderung gestärkt, dass nicht nur die sogenannten Verdachtsflächen, sondern allen Hinweisen auf Bomben entlang der kompletten Trasse intensiv nachgegangen werden muss. Da dies im Vorfeld des Leitungsbaus versäumt wurde, ist dies nun nachzuholen.

So soll auch am Mittwoch, 3. November 2010 die CO-Pipeline, wieder Thema im Umweltausschuss des Landtags, 15.00 Uhr, im Raum E 1 - D 05 sein.

**08. 10. 2010**

### **Voller Saft und Kraft weiter für den Stopp der Bayer-CO-Pipeline**

Am Sonntag, 10. Oktober 2010 stärken sich Mitglieder, Freude und Unterstützer der Bürgerinitiativen zum Stopp der Bayer-CO-Pipeline für die kommenden Wochen im weiteren Widerstand gegen das Projekt. In Hilden, Krabbenburg / Ecke Am Boverhaus in unmittelbarer Nähe zur CO-Pipeline wird von 12.00 Uhr bis 15.00 Uhr mit reiner Muskelkraft frischer, vitaminreicher Apfelsaft gepresst und ausgeschenkt. Dazu gibt es die neuesten Informationen zum Verfahren und das druckfrische CO-Pipeline-Lexikon für Anfänger und Fortgeschrittene. Die Spenden helfen uns weitere, kreative Aktionen zu finanzieren.

**16. 09. 2010**

### **Tagung der CBG**

Wir möchten auf die Tagung der CBG (Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.) am Samstag, 13. November in Düsseldorf aufmerksam machen:

Störfall-Risiken der chemischen Industrie - CO-Pipeline, Kohlekraftwerke und Phosgen-Produktion

Zeit: 13. November, 9.30 - 17.30 Uhr

Ort: Umweltzentrum Düsseldorf, Merowinger Str. 88

Eintritt: frei (Spende erwünscht)

Veranstalter: Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.

## Chemische und andere Großproduktion

Große Chemiewerke und auch andere Großproduktionen bergen große Gefahren. Zugleich allerdings werden aus Gründen der Kostenersparnis die Belegschaften immer weiter ausgedünnt. Durch steigende Arbeitsbelastung erhöhen sich die Unfallgefahren beträchtlich. Und selbst in sicherheitsrelevanten Abteilungen werden Kosten reduziert: Messwagen zum Aufspüren austretender Chemikalien werden abgeschafft, Sicherheitspersonal wird eingespart, Werksfeuerwehren werden geschlossen. Nach Aussage des Umweltbundesamts könnte die Zahl der Unfälle durch eine bessere Wartung der Anlagen, intensivere Schulungen der Mitarbeiter sowie ausreichendes Personal deutlich verringert werden.

## Neue Risiken durch CO-Pipeline

Nordrhein Westfalen ist eine der dichtest besiedelten Regionen Europas. Gleichzeitig findet sich in NRW die größte Anzahl gefährlicher Chemie-Werke in Deutschland: die Phosgen- und Pestizid-Produktion bei BAYER, die Blausäure-Herstellung bei DEGUSSA, Acrylnitril und Benzol bei INEOS, die riesigen Chemieanlagen in Marl, Raffinerien von SHELL und BP, etc. Und jetzt will der BAYER-Konzern auch noch tödliches Kohlenmonoxid per Pipeline von seinem Dormagener Werk zum Standort Krefeld leiten. Dicht vorbei an Wohngebieten, Schulen und Kindergärten. Das jahrzehntelange Prinzip, wonach Gefahrstoffe nur am Ort ihrer Verwendung produziert werden, soll aufgegeben werden - ein gefährlicher Präzedenzfall. Tausende Anwohner sollen künftig im "Todesstreifen" (O-Ton des CDU-Bürgermeisters von Monheim) leben.

## Proteste wirksam!

Proteste und Gerichtsverfahren konnten die eigentlich für 2007 geplante Inbetriebnahme der erwähnten CO-Pipeline bis heute verhindern. Einmal mehr zeigt sich, dass wirksamer Bürgerprotest auch gegen mächtige Konzerne nicht chancenlos ist. Wir wollen in der Tagung gemeinsam mit Aktiven und Betroffenen über die Risiken der chemischen Industrie sprechen, den Widerstand gegen CO-Pipeline und Störfallgefahren vorstellen, die von uns erstellte einzigartige weltweite Unfallbilanz von BAYER präsentieren und über künftige Aktionen diskutieren. Am Beispiel von BAYER sollen in der Tagung die Strategien großer Unternehmen deutlich gemacht und Möglichkeiten von Gegenwehr vorgestellt werden.

**07. 09. 2010**

## Umweltausschusssitzung im Landtag

nur kurz zur Information: morgen, 8.09.2010 findet die erste Umweltausschusssitzung im Landtag nach der NRW-Wahl um 15 Uhr im Raum E 1- D 05 statt und die CO-Pipeline ist auf der Tagesordnung. Wer dort hingehen will und kann, sende mir bitte eine Mail, falls nötig auch mit Autokennzeichen zur Einfahrt in die Tiefgarage. Ich werde dann die Anmeldung über das Büro Markert organisieren.

Zum vorläufigen Baustopp für die Pipeline-Baustelle zwischen Dormagen und Ratingen erklärt Hans Christian Markert MdL, umweltpolitischer Sprecher:

*"Der verhängte Baustopp der Bezirksregierung ist angesichts der erneut entdeckten Mängel an der CO-Pipeline konsequent und richtig. Dem Gesundheitsschutz für die Bevölkerung ist insbesondere bei Risikotechnologien absolute Priorität einzuräumen. Der Bayer-Konzern verstärkt mit jedem Ausführungsfehler die vorhandenen Zweifel an dem Projekt. Im Sinne eines nachhaltig ausgerichteten Industrie- und Chemiestandortes NRW und des dauerhaften Erhalts von Arbeitsplätzen fordern wir auch den Bayer-Konzern auf, endlich auf die Menschen der Region zuzugehen und den Ausbau der*

*Produktion von Kohlenmonoxid am Standort Uerdingen in den Fokus zu rücken. Zu den neuerlichen Vorkommnissen werden wir im Fachausschuss einen Bericht der Landesregierung einfordern."*

## **01. 09. 2010 |2**

Schon die Antwort auf unsere Anfrage an die Bezirksregierung (siehe unten: Info-Brief vom 26.08.2010) war ja innerhalb einer Woche da. Jetzt kommt die Reaktion auf unsere "Nachfrage" sogar noch schneller.

CO-Pipeline: Bezirksregierung lässt Bauarbeiten ruhen:

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat heute die Firma Bayer Material Science AG (BMS) darauf hingewiesen, dass im Baulos 1 Bauarbeiten an der CO-Pipeline erst fortgesetzt werden dürfen, wenn alle in diesem Bereich noch zu klärenden Sachverhalte erledigt sind. Im Rahmen der Bauüberwachung wurde der Bezirksregierung mitgeteilt, dass an fünf Stellen technische Probleme bei der Verlegung der Rohre aufgetreten sind. Die Bezirksregierung geht davon aus, dass BMS die ihr gestellten Fragen zeitnah beantworten wird.

## **01. 09. 2010 |1**

Bayer versucht sich angesichts der vielen Baustellen an der CO-Pipeline zu rechtfertigen. Mehr als drei Jahre nach dem Baustart wird jetzt nachgearbeitet und jetzt bestätigt auch Bayer: Das kann passieren und wir bemerken es drei Jahre später!

Und natürlich haben wir bei der Bezirksregierung nochmal nachgehakt.

### **Bayer-Meldung bestätigt 3 Jahre Unzuverlässigkeit an der CO-Pipeline**

Wieder einmal musste Bayer in einer Pressemitteilung weitere Mängel an der CO-Pipeline zugeben. Bei den vielen kleinen und neuerlich auch großen Baustellen war das auch nicht mehr zu übersehen. Wenn man die Bayer-Meldung glauben will, soll das normales Geschäft sein. Arbeiten Bayer und die von Bayer beauftragten Firmen immer so dilettantisch oder nur an der CO-Pipeline, wo extrem giftiges Gas nur wenige Meter an Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern und an den Gärten der Anwohner auf Wunsch von Bayer schon längst fließen sollte?

Jetzt werden Fehler an Rohren offenkundig, die vor drei Jahren verbaut wurden. Doch Bayer operiert wieder nur mit Schlagworten wie "Garantienacht", "vom TÜV überwacht" und dass "ein besonderes Prüfprogramm die Stressdruckprüfung ersetzt". Und nicht genug damit: bei einem Fototermin an der Baustelle in Langenfeld - an der Güterbahnstrecke - wurde extra ein Sicherheitsingenieur in Bewegung gesetzt, der versuchte einen Bildbericht von der Baustelle massiv zu behindern.

Aber was haben Bayer oder die dort tätigen Firmen eigentlich zu verbergen? Drei Fakten zu den Schlagworten:

1. Bei der Anhörung im Umweltausschuss hatte Bayer noch die finale Stressdruckprüfung als das non plus ultra der Sicherheitsüberprüfung angepriesen; jetzt soll diese "ersetzt" werden.
2. Die jetzt wieder reklamierte TÜV-Überprüfung wurde Bayer vom Verwaltungsgericht um die Ohren gehauen, weil der TÜV-Vertreter sich mit dem Ausspruch "Wir bauen sicher" als parteiischer Gutachter diskreditiert hatte.



3. Bei der sogenannten "Garantienacht" muss es sich doch an einer Baustelle schon um mehrere Schweißnähte handeln. Denn die beigelegten Bilder zeigen deutlich, dass zumindest an der Westseite des Austauschrohres ein Rohrstück eingefügt werden muss und dies bedingt zwingend zwei neue Schweißnähte. Auch auf der Ostseite ist zumindest eine Schweißnaht nötig.

Fazit: Mit Nebelkerzen und Behinderungstaktik sollen mittlerweile 3 Jahre Unzuverlässigkeit von Bayer vertuscht werden; offene Information und Kommunikation sieht anders aus.

**26. 08. 2010**

### **Rostprobleme an der CO-Pipeline**

Die Antwort auf unsere Anfrage bei der Bezirksregierung Düsseldorf hat es an den Tag gebracht: auch im dritten Jahr nach der geplanten Inbetriebnahme gibt es wieder und weiter Rostprobleme an mindestens drei Stellen der CO-Pipeline.

Die Leute rings um die jetzt drei Löcher sind richtig entsetzt, dass die angeblich ach so sichere Leitung mit so hohem Sicherheitsstandard jetzt schon defekt sein soll. Bayer hatte dagegen immer erklärt, dass dies Pipeline so sorgfältig verlegt, geröntgt und extrem stressdruckgeprüft worden sein soll. Dabei hatte Bayer immer wieder wurde betont: jetzt sind wir eigentlich betriebsbereit.

Warum kommuniziert Bayer solch umfangreiche Ausbesserungsarbeiten nicht im Vorfeld, wo doch so viel Transparenz versprochen war? Welcher Pfusch soll nun wieder verschleiert werden? Gibt es grundsätzliche technische Probleme mit Bahnstrecken?

Diesmal haben wir in einer erfreulich schnellen Antwort der Bezirksregierung die Bestätigung für unsere brisanten Beobachtungen erhalten. Wir haben noch einige Nachfragen, die wir aber in aller Ruhe noch klären werden.

**09. 08. 2010**

### **Antwort auf den Offenen Brief der Kinder-und Jugendärzte**

Anfang Juli hatten wir gemeinsam den Protestbrief der mittlerweile über 120 Kinder- und Jugendärzte gegen die Bayer-CO- Pipeline auf einer Pressekonferenz vorgestellt. Dieser Brief ist an Bayer, die Landes- und Bezirksregierung und an die neuen Abgeordneten im Landtag NRW gerichtet worden. Jetzt gibt es aus dem Landtag NRW eine erste Antwort und eine erfreuliche Unterstützung.

Die erste und bisher einzige Antwort auf den Offenen Brief der Kinder-und Jugendärzte kam von Hamide Akbayir (Umweltpolitische Sprecherin) und Dr. Carolin Butterwegge (Kinder- und Jugendpolitische Sprecherin, beide von der Fraktion DIE LINKE NRW). Es mag an der Ferienzeit liegen, aber das scheint nicht der einzige Grund zu sein, da der Brief ja schon Anfang Juli öffentlich gemacht und zugesandt wurde.

Die Antwort zeugt von einer guten Kenntnis der vielen Probleme dieses Bayer-Pipeline-Projektes. So wird die Notwendigkeit einer Produktion vor Ort betont, die es ja bisher in so großem Umfang schon gab und gibt, dass in Uerdingen die größte Polycarbonat-Produktion geschaffte wurde, die es weltweit im Bayer-Konzern gab. Dass dies vor Ort in Zukunft umweltfreundlicher passieren soll, ist eine Forderung, die auch wir unterstützen.

Als Neulinge im NRW-Parlament entlarven die beiden Abgeordneten die Argumentation von Bayer zur Notwendigkeit der CO-Pipeline: "Fraglich scheint auch die Rechtfertigung des Baus in der Öffentlich-

keit, denn die fadenscheinige Argumentation, die Pipeline diene der Verwertung von Überschüssen der Produktionsanlage von Dormagen nach Krefeld, wurde unlängst widerlegt."

Im Folgenden der Wortlaut des Antwortschreibens der Fraktion DIE LINKE NRW:

*Düsseldorf, 03.08.2010*

*Sehr geehrter Herr Dr. Arnold,  
sehr geehrter Herr Dr. Terhardt!*

*Wir bedanken uns für Ihr Schreiben, in dem Sie uns über die Sicherheitsmängel beim Bau der CO-Pipeline unterrichten. Ihr Engagement gegen die Inbetriebnahme der höchst umstrittenen CO-Pipeline verdient Gehör und Wertschätzung.*

*Die Bedenken gegen den Pipeline-Bau, die von beunruhigten Anwohnern in unterschiedlichen Initiativen, wie auch Berufsverbänden wie dem Ihren getragen wird, teilt die Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW. Die Unterschriftensammlung von mehr als 110.158 Bürgern (Stand Juni 2010) gegen den Bau bzw. die Inbetriebnahme der Kohlenmonoxid-Pipeline beweisen sowohl die Sorge als auch die zunehmende Ablehnung des Bayer-Projekts.*

*Wir haben erlebt, dass der Bayer-Konzern sich bei Baubeginn zunächst auf betriebswirtschaftliche Begründungszusammenhänge sowie auf die Absicherung seiner Industriestandorte und der damit verbundenen Arbeitsplätze berief. Der Landtag der letzten Legislaturperiode gab daher der Baugenehmigung und den damit verbundenen Enteignungen allzu vorschnell statt.*

*Fraglich scheint auch die Rechtfertigung des Baus in der Öffentlichkeit, denn die fadenscheinige Argumentation, die Pipeline diene der Verwertung von Überschüssen der Produktionsanlage von Dormagen nach Krefeld, wurde unlängst widerlegt. Daher kann die einzige Lösung für den Bayer-Konzern in einer umweltfreundlichen Produktion vor Ort liegen, d.h. in sowohl Dormagen als auch Krefeld. Kritisch zu hinterfragen sind zudem die Hinweise von Bayer auf die Einhaltung internationaler Bauauflagen, die verschweigen, dass die besagten Auflagen für weit weniger gefährliche Gasleitungen gelten, jedoch nicht für eine Kohlenmonoxid-Pipeline. Zu Recht lehnte daher das Verwaltungsgericht Düsseldorf den Eilantrag des Bayer-Konzerns zur Inbetriebnahme der Pipeline im Juni vergangenen Jahres mit ausdrücklichem Verweis auf die Sicherheitsmängel ab.*

*Sie machen in ihrem offenen Brief zu Recht auf die Gefahrensituation aufmerksam, die durch die "Giftgasleitung" entsteht, die unter Wohngebieten, öffentlichen Einrichtungen, wie Schulen und Kindertagesstätten verläuft. Die mangelhaften Notfallpläne im Rahmen des gesetzlich vorgeschriebenen Allgemeinen Gefahren-Abwehr-Plans (AGAP) lassen eine Inbetriebnahme zu einem unverantwortlichen Akt werden, wenn weder der Konzern noch Feuerwehr oder Krankenhäuser auf eine Unfall- oder gar Katastrophensituation vorbereitet sind. Die Katastrophe während der Love-Parade verdeutlichte uns jüngst allzu schmerzlich die Notwendigkeit von hohen Sicherheitsstandards und funktionierenden Kontrollmechanismen.*

*Sie können sich daher unserer Unterstützung beim Widerstand gegen die Inbetriebnahme der CO-Pipeline gewiss sein. Wir werden zusammen mit den Initiativen der Anwohner/innen und den Umweltverbänden die Sicherheit der Bevölkerung als oberste Priorität einfordern. Als Ansprechpartner für Ihre Anliegen stehen wir gerne zu Ihrer Verfügung.*

*Mit solidarischen Grüßen*

*Hamide Akbayir*

*(MdL, Umweltpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE NRW)*

*Dr. Carolin Butterwegge*

*(MdL, Kinder- und Jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE NRW)*

**22. 07. 2010**

### **Nix fertig - weiter anhaltende Bauarbeiten an der CO-Pipeline**

Es gibt zur Zeit sehr widersprüchliche Meldungen zu dem Stand der Arbeiten an der Bayer-CO-Pipeline. Antenne Düsseldorf meldet: "Die Bayer-Pipeline zwischen Dormagen und Krefeld ist seit Ende des Jahres fertig gestellt, zur Zeit werden noch Sicherheitsfragen geklärt." Radio Neandertal hat da andere Informationen: "Zwangspause für Bombensuche entlang der CO-Pipelinetrasse. Zur Zeit wird die CO-Pipeline nicht mehr auf Blindgänger aus dem 2. Weltkrieg untersucht. An einigen noch ausstehenden Stellen fehlen noch die Aufbruchgenehmigungen".

Der letzte im Internet vorliegende wöchentliche Überwachungsbericht der Bezirksregierung ist die Nr. 120 und datiert vom 25. - 28.05.2010. Der Amtsschimmel wiehert mal wieder mit einiger Verzögerung. Denn auch nach diesem Datum hat es eine ganze Reihe von Baustellen entlang der Trasse von Duisburg über Ratingen bis nach Langenfeld und Monheim gegeben.

Die Fertigstellungsmeldungen kamen dagegen von Bayer fast im wöchentlichen Rhythmus und waren wohl eher als Beruhigung der eigenen Nerven und der Besänftigung der Aktionäre geschuldet. Sie entbehren aber jeder fachlichen Grundlage. Es wird immer noch kräftig weitergebuddelt; das geschieht in aller Heimlichkeit, ohne die Baustellen öffentlich zu machen und offensichtlich auch wieder ohne Kontrolle durch die Bezirksregierung Düsseldorf. Regierungspräsident Büssow hat wohl angesichts seiner bevorstehenden Ablösung keine Lust mehr zu der noch im Herbst letzten Jahres verkündeten Öffentlichkeits-Offensive.

**08. 07. 2010**

Der Koalitionsvertrag liegt nun auch in seiner Langfassung vor. Wir haben uns den Passus zur CO-Pipeline sehr genau angeschaut und haben in unserer PM (siehe unten) die zu erledigenden Aufgaben im Klartext formuliert. Dass wir unser Ziel, den Stopp der Bayer-CO-Pipeline landespolitisch offensiv und öffentlich wirksam weiter verfolgen, zeigen wir mit unserer ersten Mahnwache vor dem Landtag NRW am Dienstag, 13. Juli 2010 von 13 bis 15 Uhr. Bitte nehmen Sie selbst, wenn irgend möglich teil und machen Sie Werbung in Familie, Freundeskreis und Nachbarschaft zur Teilnahme an der Mahnwache! Wir werden dort dem neuen Landesparlament und der Landesregierung unsere Erwartungen an den Politikwechsel in dieser für die Region so existenziellen Frage klar und deutlich vor Augen führen. Wegducken und Schweigen ist vorbei, jetzt ist es an der Zeit, Alternativen im Sinne der Menschen der Region zu finden.

### **Pressemitteilung: Initiativen Stopp-Bayer-CO-Pipeline und COntro zum Koalitionsvertrag**

Durch die Aufnahme der Bayer-CO-Pipeline in den Koalitionsvertrag besteht verbindlich die Pflicht der neuen Regierung, nun aktiv zu handeln. Das Zurückziehen auf weitere, ausstehende Gerichtsurteile wie bei der Vorgängerregierung hat sich mit der jüngsten NRW- Wahl erledigt und reicht nun nicht mehr. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Lassen wir die Eingangsfloskel, dass "Sorgen und Ängste nicht weiter ignoriert werden" außer Acht, dann sind auch einige - zumindest für den SPD-Bündnispartner - neue Erkenntnisse zu verzeichnen. Immerhin sieht jetzt auch die SPD die "Verfassungsmäßigkeit des Rohrleitungsgesetzes in Frage gestellt" und stimmt auch zu, dass Zweifel an einem sicheren Betrieb der CO-Pipeline stetig verstärkt worden sind". Dazu haben die Initiativen mit Ihren Stellungnahmen und Dokumentationen im Landtag und mit der Information der Öffentlichkeit beigetragen. Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass die neue Regierung nun bereit ist, frühere Fehler anzuerkennen und die Verfassungsmäßigkeit des Rohrleitungsgesetzes überprüfen wird.

Den Vermittlungs- und Dialogprozess mit Bayer zur Prüfung der CO-Produktion vor Ort in Uerdingen sehen wir als Ausstiegsweg. Die CO-Bereitstellung vor Ort ist längst Wirklichkeit. Dort gibt es ja seit mehr als 50 Jahren eine Koksvergasungsanlage, die Uerdingen zum größten Polycarbonatstandort der Welt wachsen ließ. Wenn jetzt beabsichtigt wird, die CO-Fertigung in Uerdingen auf kostengünstigere und zuverlässigere Reformer zu modernisieren, unterstützen wir das. Die neue Situation, wo in Dormagen keine Überkapazität bei CO zu befürchten ist, sondern sogar erheblich mehr CO benötigt wird, bietet auch neue Chancen für wahrhaftig "nachhaltige" Entwicklungen an beiden Chemiestandorten. Die Aussage "auch die Arbeitsplatzsicherung an den Standorten hat für uns eine große Bedeutung" kann deshalb nur bedeuten: Den Standort Uerdingen durch CO-Produktion vor Ort langfristig zu sichern.

Das Ignorieren der Sorgen und Ängste der Menschen war bei der Rüttgers-Regierung bis zum Ende dominierend. Die neue Regierung scheint zu erkennen, dass der Widerstand gegen das Projekt, nicht wahrnehmbares, hochgiftiges CO an Wohnbebauung vorbei transportieren zu wollen, der von allen politisch und für den Katastrophenschutz Zuständigen in der Region geteilt wird, berechtigt ist. Die unverantwortliche Bauausführung durch die Firma Bayer hat den parteiübergreifenden Widerstand in der Region gegen eine Inbetriebnahme der Leitung weiter gestärkt. In Zeiten von Partei- und Politikverdrossenheit ist der parteiübergreifende, an der Sache und nicht an Parteiinteressen orientierte hartnäckige Widerstand, der Politiker und Bürger der Region eint, ein positives Zeichen, das die neue Regierung aufzugreifen scheint.

Es gibt viel zu tun; wir sind bereit, es mit der neuen Landesregierung anzupacken. Dabei wird es vor allem Aufgabe der neuen Landesregierung sein, die bisher starre Haltung des Bayer-Konzern aufzubrechen. Aber auch da sind wir bereit, gemeinsam Positives für die Menschen in unserem Land zu bewirken.

Auszug aus dem Koalitionsvertrag - Langfassung (Seite 24f)

### *CO-Pipeline*

*Wir wollen einen nachhaltig ausgerichteten Industrie- und Chemiestandort NRW. Mit Blick auf die umstrittene CO-Pipeline für den Transport von hochgiftigem Kohlenmonoxid von Dormagen nach Krefeld-Uerdingen halten wir fest:*

*Bei der CO-Pipeline dürfen Sorgen und Ängste der Menschen nicht weiter ignoriert werden. Auch die Arbeitsplatzsicherung an den Standorten hat für uns eine große Bedeutung. Die Beschlüsse der Verwaltungsgerichte haben Sicherheitsmängel deutlich gemacht. Sie haben darüber hinaus Abwägungsdefizite des Gesetzes bei der Gemeinwohlorientierung festgestellt. Damit ist die Verfassungsmäßigkeit des Rohrleitungsgesetzes in Frage gestellt (Gemeinwohlorientierung der Enteignung). Es wurde mit einer Vielzahl von Planungs- und Ausführungsfehlern sowie mit einer defizitären Kommunikationsstrategie dazu beigetragen, dass vorhandene Zweifel an einem sicheren Betrieb der CO-Pipeline stetig verstärkt worden sind.*

*Die Landesregierung muss bis Ende 2010 das Rohrleitungsgesetz evaluieren. In § 6 II des Rohrleitungsgesetzes heißt es dazu: "Die Landesregierung überprüft bis zum 31. Dezember 2010 die Auswirkungen dieses Gesetzes und unterrichtet den Landtag". In diesem Zusammenhang wollen wir den bislang versäumten Versuch unternehmen, in Vermittlung zwischen Unternehmen und Betroffenen einen Dialogprozess und eine umfassende Problemlösung auszuloten. Dabei soll auch ein Ausbau der Produktion von Kohlenmonoxid am Standort Uerdingen geprüft werden.*

**06. 07. 2010**

**103 Kinderärzte appellieren mit Offenem Brief zur Bayer CO-Pipeline (4.7.2010)**

*An die/den  
Ministerpräsident/in NRW,  
an den Landtag von NRW,  
an die Bezirksregierung Düsseldorf,  
an die CO-Pipeline -Betreiber-Firma BAYER*

*Frau Ministerpräsidentin in spe Hannelore Kraft,  
Frau Sylvia Löhrmann,  
Herrn Dr. Jürgen Rüttgers, amtierender Ministerpräsident NRW,  
Damen u Herren Abgeordnete des Landes NRW,  
Herrn Regierungspräsident Jürgen Büssow,  
Herrn Werner Wenning u Herrn Dr. Marijn Dekkers, Firma Bayer*

*Sehr geehrte Damen und Herren Verantwortliche,*

*nach 3 Jahren öffentlicher Diskussion ist unser Vertrauen in Ihr Projekt "CO-Pipeline von Dormagen nach Krefeld" vollends zerstört: das Gerede von Sicherheit trotz lückenhafter Bauaufsicht, Unterschreitung der Sicherheitsvorgaben wie Rohrwanddicke, nachträgliche teilweise Kampfmittelbeseitigung sind nur einige Beispiele. Katastrophal ist die Tatsache, dass bei einem Leck in der CO-Leitung die Fa. Bayer entscheiden kann, ob und wann die Öffentlichkeit informiert wird oder nicht. Menschenverachtend empfinden wir das formal-juristisch korrekte Vorgehen, nach Erstellen eines sog. Allgemeinen Gefahren-Abwehr-Planes (AGAP), der praktisch nur eine Telefonkette darstellt, bei einem größeren Leck die Rettung den lokalen Feuerwehren zu überlassen: zwar können später Tote geborgen werden, aber eine Rettung ist nicht möglich! Denn sowohl Bayer und die Politiker als auch die Feuerwehren wissen, dass bei einem Rohrbruch die Einsatzleiter ihre Retter bei Gefahr für Leib und Leben nicht in die Todeszone schicken dürfen. Dieses Spiel mit Leben und Tod werden wir als Kinderärzte nicht dulden!*

*Selbst bei einem kleinen Leck ist die Diagnose einer CO-Vergiftung so schwierig, dass oft bei Rettungsversuchen die Zahl der Verletzten erheblich ansteigt: am 26.3.2009 auf einem Campingplatz bei Preetz waren 3 Bewusstlose gemeldet; durch die Rettungsversuche mussten schließlich 15 Verletzte, incl. Notarzt stationär behandelt werden. Wie Sie wissen, gibt es bei den aktuellen Sparmaßnahmen nur 2 stationäre Behandlungsplätze für Bewusstlose in der Sauerstoffüberdruckkammer mit 24-Std-Dienst (nur Uni Düsseldorf in NRW!). Für die übrigen bewusstlosen CO-Vergifteten werden bewusst und billigend mehrere Transportstunden unter Sauerstoffmangel in Kauf genommen: das bedeutet Dauer Schäden des Gehirns, die irreversibel sind.*

*Wer von Ihnen wird bei einem tatsächlichen CO-Unfall oder einer CO-Katastrophe die persönliche Verantwortung übernehmen? Herr Wenning? Herr Dekkers? Herr Rüttgers? Frau Kraft? Frau Löhrmann? Welcher Politiker will sich von seinen Kindern oder Enkelkindern nach einer Mitschuld fragen lassen wollen? Diese Entscheidung für eine CO-Pipeline kann nur jemand treffen, der systematisch seine Verantwortung auf andere abschiebt: der Industrielle auf die Techniker und seine gesamte Firma, der Ministerpräsident auf sein Parlament und den Rechtsstaat, der Politiker an den Techniker, der Techniker an den Kranführer, der nicht mehr wusste, wo einmal die CO-Leitung verlegt wurde, die er versehentlich mit seiner Baggerschaufel getroffen hat.*

*Der Umgang mit Worten, Wahrheit und Verantwortung hat auch unser Vertrauen in die Pharmasparte von Bayer zerstört.*

*Die Volksvertreter bitten wir dringend, angesichts der nicht mehr unbekanntenen Gefährlichkeit des Giftgases CO und der ablehnenden Haltung der betroffenen Bevölkerung (ca. 110.000 Unterschriften gegen das Projekt), die gesetzlichen Grundlagen für die CO-Pipeline zu korrigieren: ein Projekt mit einem weltweit so einmalig hohen Risiko darf nicht in Betrieb gehen. Bisher war die chemische Industrie verpflichtet, CO nur dort zu produzieren, wo es verbraucht wird!*

*Namen der Kinder- u. Jugendärzte u. Kinder- u. Jugendpsychiater, aufgelistet nach Städten/Tätigkeitsorten entlang der Pipeline:*

*Düsseldorf: Dr. Albert Fuchs, Irina Gelmann, Dr. Willem Geraets, Dr. Axel Hofmann, Dr. Siegfried Joel, Barbara Jusinska-Kanczuk, Dr. H. Josef Kahl, Dr. Teresa Kraus, Dr. Rainer Kroschinski, Dr. Petra Lankisch, Gabriele Lucassen, Kinder-u Jgdl.psychotherap., Dr. Gerald Schieber, Dr. Sylvia Schuster, Dr. Hans Stannigel, Dr. Ute Steindor, Dr. Robert Wiskandt, Dr. Martina Zuckmantel,  
Duisburg: Dr. Mike Amoah, Dr. Anja Eisenberger, Christiane Emmig, Dr. Christoph Fangmann, Leo Gamermann, Dr. Barbara Herbrand, Dr. Harald Kral, Dr. Hana Laioun, Dr. Jens Niklas, Dr. Abdul-Karim Nouredine, Dr. Maria Philipps, Dr. Liliana Pohl, Ellen Rohs, Dr. Uwe Roschlau, Dr. Gudrun Sommers, Dr. Hans-Jochen Teuber, Oleg Witkowski, Dr. Sofija Zafari,  
Erkrath: Dr. Klaus Dahl, Dr. Sandra Dahl,  
Haan: Dr. Gabriela Warbanow, Dr. Rolf-Peter Zaß,  
Heiligenhaus: Dr. Heidemarie Pankow-Culot, Dr. Georg Paulus, Ulrike Paulus,  
Hilden: Dr. Gottfried Arnold, Dr. Ulrich Geisler, Dr. Helma Gölz, Priv-Doz. Dr. Sabine Preis, Gudrun Rotenberger, Dr. Christian Steinhagen,  
Krefeld: Dr. Andreas Christaras, Prof. Dr. Tim Niehues,  
Langenfeld: Dr. Barbara Gripp, Dr. Holger Muscheid, Sabine Muscheid, Dr. Andrea Nemecek, Dieter Siegmund, Dr. Fritz Verfuß,  
Leverkusen: Bernhard Bartmann, Dr. Dieter Ladwig,  
Meerbusch: Dr. Isabella Martinez-Gadow,  
Mettmann: Dr. Gisela Arcari-von Dessien, Dr. Brigitte Biggemann, Dr. Marketa Groeger, Norbert Hilbert, Dr. Claudia Niederer,  
Monheim: Dr. Paula Menczel, Dr. Ursula Wargalla-Plate, Dr. Ewa Toporowski,  
Neuss: u.a. Michael Fleischer, Dr. Michael Gerigk, Cornelia Grosse, Miriam Guzman, Prof. Dr. Peter Gonne Kühn, Anke Sandquist, Nina Schnieder, Svitlana Lisovets, Dr. Norbert Veiser, Rüdiger Wentzell,  
Ratingen: Milan Adler, Bernd Appolt, Dr. Ulrike Dux-Waniek, Angela Grager, Claudia Kämmerer-Müller, Dr. Stefan Richter, Dr. Ali Tarhan, Dr. Martin Terhardt, Dr. Rudolf Werntges,  
Solingen: u.a. Dr. Karl Heinz Jacobs,  
Velbert: Dr. Mark David Arhelger, Sabine Backendorf, Judith Hess, Dr. Birgit Jansen, Dr. Nicola Kappenhagen, Dr. Oliver Keull, Jutta Lampson-Lempken, Heike Nicolai, Dr. Alexander Nordhues, Markus Prisett, Dr. Dagmar Schaumann, Renata von Schnering-Mhadmi, Dr. Erdmuth Schubert,  
Wülfrath: Christa Meiwald-Schirra.*

*v. i. S. d. P.*

*Dr. Gottfried Arnold, Hilden*

*Dr. Martin Terhardt, Ratingen, Obmann der Kinder- u. Jugendärzte des Kreises Mettmann*

**25. 06. 2010**

### **Büssows langatmige Rechtfertigungsarie - Streit um AGAP ohne Rettung geht weiter**

Die Pressekonferenz von Regierungspräsident Jürgen Büssow zum Alarm- und Gefahrenabwehrplan (AGAP) wird den Streit um die CO-Pipeline nur weiter anheizen.

Seine Erklärungen zu der von "den Beteiligten" angeblich gewünschten "Moderation" des "Abstimmungsprozess" durch seine Bezirksregierung wirken fade und um Rechtfertigung bemüht.

Wieso er nur moderieren wollte, aber letztlich den AGAP ohne Zustimmung durch die betroffenen Kommunen "genehmigen" will, dafür gibt es keine plausible Erklärung und er hat diese offensichtlich selbst auch nicht.

"Der Abstimmungsprozess hat in der Zeit von November 2007 bis März 2008 stattgefunden." So Büssow in seiner Mitteilung. Damals waren eine ganze Reihe von eigenmächtigen Änderungen, Abweichungen und Versäumnissen durch Bayer noch nicht bekannt. Deshalb ist es schon sehr fahrlässig, die Abstimmungen zur Gefahrenabwehr trotzdem einfach einzustellen und Bayer vorab zu signalisieren, dass dazu Alles erledigt ist.

Bezeichnend auch, dass Büssow zu der Zündstoff-Information aus dem Papier der Kreisverwaltung Mettmann jetzt immer noch nicht Stellung bezieht: "Die ursprünglich im Planfeststellungsbeschluss enthaltene Vorgabe, dass der AGAP für die jeweils örtlich zuständigen Feuerwehren abgestimmte Einsatzkonzepte zu enthalten hat, ist mit Erlass von Büssow's Planergänzungsbeschluss ersatzlos entfallen."

Diese selbstherrliche Arroganz von Büssow und sein leichtfertiges und unverantwortliches Spiel mit dem Leben und der Gesundheit von Tausenden von Menschen werden nicht nur wir, sondern auch die lokal Verantwortlichen ihm weiter vorhalten.

Wir werden auch gespannt verfolgen, wie die gerade in Düsseldorf um eine Koalition verhandelnden SPD und Bündnis90/DieGrünen auch mit diesem - ja nicht einzigen - Problem rund um die Bayer-CO-Pipeline umgehen. Anstöße betroffener Kreisverbände aus beiden Parteien sind dazu schon den Landespolitikern schon zu gegangen.

**15. 06. 2010**

### **Neuer Zoff um Alarm- und Gefahrenabwehrplan (AGAP) - Kreis Mettmann und Büssow weiter im Clinch**

Der Kreisverwaltung Mettmann liegt der Alarm- und Gefahrenabwehrplan (AGAP) aktuell nur in einer Version mit Stand vom 22.10.2008 vor.

Wie gestern Rechtsdezernent Nils Hanheide in Mettmann im Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz berichtete, beinhaltet dieser AGAP:

- allgemeine Angaben zur CO-Pipeline (u. a. Verfahrens- und Bauliche Beschreibung, Zufahrtsmöglichkeiten, Gefahrenschwerpunkte);
- eine Darstellung der Gefahrenabwehrkräfte und -einrichtungen des Betreibers (Interne Gefahrenabwehrkräfte, Zusammenarbeit mit externen Gefahrenabwehrkräften, Einrichtungen und Ausrüstungen);
- einen Alarmplan (Alarmierungswege und -ablauf; Maßnahmenplan);
- Darstellungen der vorzuhaltenden Hilfsmittel und speziellen Fachkräfte (Geräte und Ausrüstungen, spezielle Fachkräfte) sowie
- Planunterlagen

Der AGAP ist also nur ein betrieblicher Alarm- und Gefahrenabwehrplan, der mit den Einsatzplänen der örtlichen Feuerwehren und den Schutzplänen abgestimmt werden muss.

Die ursprünglich im Planfeststellungsbeschluss enthaltene Vorgabe, dass der AGAP für die jeweils örtlich zuständigen Feuerwehren abgestimmte Einsatzkonzepte zu enthalten hat, ist mit Erlass von Büssows Planergänzungsbeschluss von Oktober 2008 ersatzlos entfallen.

"Nach heutigem Stand hat keiner der Beteiligten dem AGAP der Betreiberin zugestimmt!", so heißt es wörtlich in den schriftlichen Ausführungen.

Regierungspräsident Jürgen Büssow hält seine Koordinierungsarbeit jedoch für beendet. Damit versucht sich Büssow - wieder einmal - aus der Verantwortung zu stehlen; mit den Sonderschutzplanungen im Kreis Mettmann und den Abstimmungen von Bayer mit den örtlichen Feuerwehren will er sich nicht mehr beschäftigen.

**03. 05. 2010**

### **CO-Pipeline: "Unverständlich, wie jemand so etwas bauen konnte"**

Erst vor wenigen Wochen haben sich die beiden SPD-Politiker kennengelernt: Matthias Engel, Landtagskandidat für Erkrath, Haan, Hilden sowie Mettmann und Falk Heinrichs, Landtagskandidat im Wahlkreis Siegen-Wittgenstein. Klar, dass dabei auch über die Probleme in den jeweiligen Wahlkreisen gesprochen wird. Matthias Engel: "Eines der großen Anliegen der Menschen in unserer Region ist, dass diese CO-Pipeline nicht in Betrieb gehen darf." Am vergangenen Wochenende telefonierten die beiden Landtagskandidaten erneut miteinander und Heinrichs kam direkt zur Sache: "Die CO-Pipeline führt nicht durch meinen Wahlkreis, aber mit den Informationen die ich jetzt habe ist es für mich völlig unverständlich, wie jemand so etwas bauen konnte. Sollte der Landtag erneut das Thema CO-Pipeline behandeln, freue ich mich darauf, gemeinsam mit Matthias Engel und allen CO-Pipelinegegnern diese Inbetriebnahme zu verhindern zu suchen."

**29. 04. 2010**

Matthias Engel, SPD-Landtagskandidat im Kreis Mettmann hat mir heute zwei PM zugemailt, in denen mitgeteilt wird, dass zwei weitere SPD-Kandidaten (aus dem Oberbergischen Kreis) ebenfalls gegen die CO-Pipeline kämpfen wollen. Dr. Roland Adelman sagt: "Diese Pipeline führt nicht durch meinen Wahlkreis, den Oberbergischen Kreis, dennoch halte ich den Betrieb einer solchen Anlage mit einer Durchquerung eines Wohngebietes nicht für verantwortbar!"

Und Thorsten Konzelmann äußert sich ähnlich: "Matthias Engel, die Bürgerinitiativen und alle CO-Pipelinegegner haben meinen vollen Respekt für ihr Engagement. Diese Anlage darf nicht in Betrieb gehen."

Mit Thorsten Konzelmann haben nun beide Landtagskandidaten der SPD im Oberbergischen Kreis sich klar zu diesem Thema positioniert.

**28. 04. 2010**

Jetzt hat Bayer-CO- Projektleiter bei der Vorstellung einer Schieberstation bestätigt, dass es auch nach seiner Einschätzung eine sog. Todeszone von 1600 Metern (je nach Windrichtung beidseits des Leitungsdefektes) gibt.

### **Bayer lässt Todeskatze aus dem Sack - 1600 Meter Gefährdungstreifen zugeben**

Projektleiter Werner Breuer musste bei der Vorstellung der Schieberstation in Ratingen offenbaren, was er und seine BMS-Chefs in der letzten Woche bei der Diskussion in Monheim noch nicht zugeben wollten:

Bayer sagt: Kommt es zu einem Leck an der CO-Pipeline, dann wird sich eine große Menge des tödlichen Atemgifts CO in einer 800 Meter langen Keule in die jeweilige Windrichtung wie ein



Todeshauch in meist dichtest besiedeltem Gebieten ausbreiten. Schon Konzentrationen unter 1% CO in der Atemluft lassen den betroffenen Menschen kaum eine Überlebenschance.

Die Station in Ratingen hatte Breuer wohl ausgesucht, weil dort die Besiedlung in dem von Ihm zugegebenen "Todesstreifen" nicht so dicht, wie sonst entlang der Trasse ist. Hätte dieser Pressetermin zum Beispiel an der Schieberstation in Hilden - an der Elberfelder Straße - stattgefunden, wäre sehr deutlich geworden, dass in der dort sich ausbreitenden CO-Keule tausende Menschen auch in öffentlichen Gebäuden betroffen wären; hier einige Beispiele:

- die Feuerwehr
- die Polizei
- das St. Josef-Krankenhaus
- das Berufskolleg
- das Helmholtz-Gymnasium
- mehrere Kindergärten
- ein Einkaufszentrum und
- ein Sportpark

Ähnliche Situationen sind an vielen Stellen der CO-Pipeline auszumachen.

Wir wissen nicht, ob dies Breuer und seine BMS-Chefs zum Umdenken gebracht hätte, aber der wahrheitsgemäßen Darstellung der Gefährlichkeit dieses ausschließlich privatnützigen Projektes wäre es dienlich gewesen.

Unsere Initiativen werden weiter intensiv dafür kämpfen, dass diese Giftgas-Pipeline niemals in Betrieb gehen und ein solches Horrorszenario - wie von Breuer beschrieben - niemals Wirklichkeit wird. (Siehe auch Bayer sichert CO-Pipeline)

**22. 04. 2010**

### **Stopp für die Ethylen-Pipeline?**

Verwaltungsgericht Stuttgart gibt Grundstücksbesitzer Recht

Ein enteigneter Grundstücksbesitzer aus Kirchheim/Ries, Mitglied in der Interessengemeinschaft Alfdorf und Umgebung, konnte sich beim Verwaltungsgericht Stuttgart durchsetzen. Der Stuttgarter Rechtsanwalt Dr. Alexander Kukk: "Die Ethylenpipeline kann dort vorerst nicht gebaut werden."

Alfdorf / Kirchheim. Ulrich Maier aus Pfahlbronn, Sprecher der Interessengemeinschaft: "Damit ist ein Wendepunkt erreicht. Das Verwaltungsgericht setzt ein klares Signal gegen den Pipelinebau und berücksichtigt die Interessen der betroffenen Bevölkerung. Der Stuttgarter Rechtsanwalt Dr. Alexander Kukk, der die Interessengemeinschaft vertritt, sagt, eine Dringlichkeit des Pipelinebaus sei damit nicht gegeben. "Das Enteignungsgesetz ist verfassungsrechtlich fragwürdig". Mit dieser Entscheidung habe das Verwaltungsgericht einen wichtigen Markstein gegen den sich immer mehr ausweitenden staatlichen Zugriff auf Privateigentum für beliebige, allenfalls wirtschaftlich wünschenswerte Vorhaben gesetzt. Der sich mit dem EPS-Enteignungsgesetz abzeichnende Dammbbruch sei damit erst einmal abgewendet. Der Kläger besitzt nach Worten von Kukk drei Grundstücke bei Kirchheim/Ries. Weitere Verfahren seien aber beim Verwaltungsgericht anhängig, der Rechtsanwalt rechnet mit baldigen Entscheidungen.

"Mit dem Beschluss hat das Verwaltungsgericht Stuttgart die aufschiebende Wirkung der Klage eines Enteignungsbetroffenen gegen den Sofortvollzug der sofortigen Besitzeinweisung der Ethylen-Pipeline-Gesellschaft in seine Grundstücke angeordnet", so der offizielle Wortlaut. Was so kompliziert klingt, heißt nach Worten von Alexander Kukk: "Die Pipeline kann dort vorerst nicht gebaut werden." Das

Gericht führte aus, es seien "bei summarischer Prüfung keine Gesichtspunkte ersichtlich, die aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit die sofortige Ausführung des Vorhabens dringend, das heißt auch zugleich unaufschiebbar gebieten". Die "erhofften positiven Wirkungen für die Allgemeinheit" seien "lediglich mittel- und längerfristige Erwartungen". "Diese Ziele sind zu allgemein, als dass sie bereits für sich die Dringlichkeit für die hier infrage stehende konkrete Baumaßnahme begründen könnten". Im Übrigen sei fraglich, ob die "wirtschaftspolitischen Ziele" des vom Landtag beschlossenen EPS-Enteignungsgesetzes "den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts an Enteignungen zu Gunsten Privater genügen". Damit werde bezweifelt, ob das Ethylen-Rohrleitungsgesetz Baden-Württembergs die verfassungsrechtlichen Anforderungen erfüllt, meint der Rechtsanwalt. Schon Enteignete könnten erneut auf die EPS zugehen, denn die Geschäftsgrundlage für unter Druck zustande gekommene Verträge könnte entfallen sein, sodass ein Anspruch auf Rückabwicklung der Verträge bestehen kann. EPS-Sprecher Erwin Fellner war am Abend für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

© Gmünder Tagespost 20.04.2010

Enteignungen für Ethylen-Pipeline möglicherweise rechtswidrig  
21.04.10 | 10:52 Uhr

Das Stuttgarter Verwaltungsgericht zweifelt an der Rechtmäßigkeit des baden-württembergischen Enteignungsgesetzes für den Bau einer länderübergreifenden Ethylen-Versorgungsleitung. Enteignungen zugunsten von Privaten seien verfassungsrechtlich nur unter engen Voraussetzungen zulässig, erklärte das Gericht in einem am Mittwoch veröffentlichten Beschluss zu dem Eilverfahren.

Das Wohl der Allgemeinheit rechtfertige den Eingriff in das Eigentum "nur bei einem besonders schwerwiegenden, dringenden öffentlichen Interesse". Das Gericht will nun im Hauptsacheverfahren prüfen, ob das Gesetz dem Rechnung trägt. Sollen die Richter das Gesetz für nicht rechtmäßig befinden, leiten sie nach Angaben einer Gerichtssprecherin die Angelegenheit dem Bundesverfassungsgericht zu. Das Land hatte durch das neue Gesetz die Möglichkeit geschaffen, mittels Enteignungsverfahren den Bau der Pipeline auch gegen den Widerstand von Grundstückseigentümern durchzusetzen.

Die Stuttgarter Richter hatten sich wegen der Klage eines Landwirts mit dem Gesetz zu befassen. Der Bauer wehrte sich gegen die "vorzeitige Besitzeinweisung" seines Grundstücks, eine Vorstufe zur Enteignung. Dadurch kann der Betreiber der Pipeline, die EPS Ethylen-Pipeline-Süd GmbH, schon vor der tatsächlichen Enteignung mit dem Bau beginnen. Das Regierungspräsidium hatte das Grundstück vorzeitig in den Besitz des Betreibers eingewiesen, weil diesem eine weitere Aufschiebung des Projekts hohe Mehrkosten verursachen und die "Wirtschaftlichkeit des Gesamtvorhabens" gefährden würde. Der Firma sind nach eigenen Angaben durch Verzögerungen bereits rund sechs Millionen Euro Mehrkosten entstanden.

Die Stuttgarter Richter entschieden nun aber, dass der sofortige Bau nicht zum "Wohl der Allgemeinheit dringend geboten sei". Der Erbauer der Pipeline verfolge rein wirtschaftliche Zwecke. Daher darf das Grundstück laut dem Richterspruch im Eilverfahren nicht in dessen Besitz eingewiesen werden.

Die Ethylen-Pipeline Süd (ETS) soll im kommenden Jahr in Betrieb gehen. Sie wird nach Betreiberangaben von Münchsmünster in Bayern durch Baden-Württemberg bis Ludwigshafen in Rheinland-Pfalz führen. Stuttgart (ddp-bwb)

## **21. 04. 2010**

diesmal waren es zwei Sprenggranaten, die unentdeckt in der Nähe der CO-Pipeline schlummerten. Aber das ist nicht das Einzige, was sich an der Trasse tut. In Hilden wurde eine Aufgrabung entdeckt, wo das Geogrid ausgegraben und getrennt wurde. Bisher gibt es zu diesen seltsamen Versuchen keine Erklärungen?

## **Sprenggranaten in Erkrath und Bayer - Geogrid-Test in Hilden?**

Heute wurde in Erkrath bekannt, dass in der Nähe der Max-Planck-Straße in Erkrath - wo auch der Mahnstein gegen die CO-Pipeline steht - bei Aufgrabungen zwei Sprenggranaten gefunden wurden. Leider gibt es noch keine Bilder, aber die Bezirksregierung wird sicher schon bald darüber in Wort und Bild informieren.

Aber auch in Hilden - an der Biebelskirch direkt an der A 3 und dort, wo eine Druckprüfungsstelle war - entdeckte eine Hildener Joggerin wieder mal Arbeiten an der Bayer-CO-Pipeline.

Die Markierungspfähle entlang der CO-Pipeline zeigen jetzt schon die Gefahr deutlich auf, die bei einer Inbetriebnahme virulent wäre!